

Csilla Dömök¹



***Europa heute – eine Bestandsaufnahme
Auf dem Weg zur Integration, vom nationalen Prinzip zum
Regionalismus***

Abstract

The European integration, institutionalised in the European Union and Community, is one of the most significant and most surprising transformations in the last century. After the first gradual accession, now, almost every Central and Western European Member State has joined into a comprehensive organisation owning extensive rights, which grants its own organisations and rights. The few European States that are not joined, link to it through conventions. The participating States made this merger on the basis of a contract and, in contrast to the historical patterns, it was not established on the pressure of constraint, dictatorship or hegemony. It is a widespread theory that the European Union was primarily only an economic community and only later, after the Single European Act and the Treaty of Maastricht, it became a political union, but it does not meet the happenings. The union has been a political union – even incomplete and rudimentary - since the beginning, not only because of its political objectives, but because of its interest; and it was expanded gradually, with the consolidation of national policies.

Keywords: European unity; national identity; regionalism; Pan-European integration; integration structures;

Wir alle kennen das Finalthema aus Beethovens 9. Symphonie, auf das Schillers Hymne „*Freude schöner Götterfunken*“ angestimmt wird. Diese Hymne ist ein musikalisches Kultobjekt ersten Ranges und pompöser Ausdruck feierlicher Hochstimmung bei unterschiedlichen Anlässen: Wilhelm Furtwängler stimmte sie zur Feier deutscher Schlachterfolge im Zweiten Weltkrieg an. Nur zwanzig Jahre später, 1964, diente sie als Ersatznationalhymne der gesamten Olympiamannschaft und wurde bald auch von der Musikindustrie als Klassik-Pop-Epos „*Song of joy*“ vermarktet. Leonard Bernstein dirigierte sie bei Feiern anlässlich des Falls der Berliner Mauer, und in den USA wurde ein Werbespot prämiert, in dem die Ereignisse der Nacht vom 9.

¹ Historian, PhD, Eötvös Loránd University, Budapest, csilladomok@yahoo.de

November 1989 an der Berliner Mauer dargestellt wurden, unterlegt mit Beethovens „Neunter“ und der Aufforderung „Trinkt Coca-Cola“. Wer aber weiß schon, dass seit 1986 die „Ode an die Freude“ auch offizielle Europahymne ist? Beethovens 9. Symphonie, völkerverbindend, parteipolitisch neutral, vereinnahmt für den Europagedanken. Musik als gemeinsamer Nenner und doch von pompöser Wirkung. Zu unspezifisch allerdings, um Europa den Menschen wirklich näher zu bringen².

Beethovens Musik wird heute eine größere Breitenwirkung zugetraut als der griechischen Mythologie. Früher war das anders: Der Raub der Europa durch Zeus, der sich ihr in Gestalt eines Stiers genähert und sie über das Meer in ein fremdes Land entführt hatte, das fortan ihren Namen trug, wurde in der bildenden Kunst häufig dargestellt. Wer aber verbindet heute mit Europa noch Mythologisches? Viel profaner ist ein anderes Symbol: Das grüne, schräggehende „E“ auf weißem Grund. Man steckt es sich hinter die Windschutzscheibe, um unbehelligt von Zollformalitäten in europäische Nachbarländer einzureisen. Aber wer weiß schon, dass das „E“ gar kein offizielles Europasymbol ist, sondern das Zeichen der Europäischen Bewegung, eines politischen Interessenverbandes von Bürgern? Wer von Ihnen andere Europasymbole wie das „Europäische Umweltzeichen“ oder das „Öko-Audit-Zeichen“ kennt, will man erst gar nicht fragen. Europa besitzt nur wenige Symbole, und diese sind kaum mehr als relativ inhaltslose Hülsen. Wo Begriffe und Bilder derart hinter realen Entwicklungen zurückbleiben, machte es besonderen Sinn, sich auf den Kern der Frage zu konzentrieren: „Europa – aber wo liegt es?“

Die Antwort auf die Frage ist seit langem, ja seit jeher höchst umstritten. Dass eine rein geographische Definition nicht ausreichend ist, liegt auf der Hand, und so wird man auch kaum Paul Valéry zustimmen können, wenn er in „*La Crise de l'Esprit*“ vermutet, Europa sei lediglich eine Art „*Vorsprung*“ der alten Welt, ein wesentliches Anhängsel Asiens³. Doch immerhin führt eine geographische Betrachtung zu der Einsicht, dass Europa in drei Vorfelder eingespannt ist, in ein eurasisches, in ein atlantisches und mittelmeerisch-afrikanisches. Im eurasischen Vorfeld schwankten die Grenzen vom früheren Mittelalter bis in die Gegenwart zwischen Elbe und Ural. Legt man die russische Siedlungs- und Machtexpansion zugrunde, muss man bis Sibirien und Turkistan ausgreifen. Im Süden beherrschten die Araber jahrhundertlang nicht nur die afrikanische Gegenküste, sondern zeitweise auch Sizilien und Teile der iberischen Halbinsel. Das atlantische Vorfeld schließlich definiert sich durch das Gewicht und den

² *Stärkung des Bildes und der Identität der Gemeinschaft*, IN: Bulletin der EG, Nr. 14. 41/1986, S. 54; vgl. allgemein: Stefan EISEL, *Politik und Musik*, 1990.

³ Zit. n. Theodor SCHIEDER: *Probleme der europäischen Geschichte*, IN: O. FRANZ (Hg.): *Am Wendepunkt der europäischen Geschichte*, 1981, 10.

Einfluss, den die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in Europa ausüben.

„Europa“ ist aber kein „Entwurf der Geographie“, sondern vielmehr die „Geographie einer Kultur“, wie die portugiesische Europapolitikerin Maria Theresia Gouveia das formulierte⁴. Schon die Entstehungsgeschichte des Begriffs weist auf die Verbindung mit anderen Elementen: kulturellen, religiösen, politischen hin. Muss man darum Karl Jaspers zustimmen, wenn er schreibt: „Europa - das ist die Bibel und die Antike“⁵? Oder Heinrich Mann, der das nationale Gemeinschaftsgefühl der Europäer als reine Erfindung der Dichter beschrieben hat? Sicherlich nicht, denn obwohl seine innere Substanz wie auch seine räumliche Ausdehnung ständigen Wandlungen unterlagen, gibt es eine ganze Reihe von historischen Entwicklungslinien, die sich unter dem Oberbegriff „Europa“ verstehen lassen.

Die „Europäisierung“ des Kontinents und zugleich des gesamten Abendlandes ist ein Prozess, der mit der weltweiten Ausbreitung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation infolge der Emanzipation des Bürgertums und des Aufstiegs des frühmodernen Staates seit dem 17. Jahrhundert einhergeht. Die Überlegenheit des mathematisch-mechanistischen Weltbildes und der politischen Organisationsfähigkeit der Europäer führen dazu, dass sich Europa seit dem Zeitalter der Entdeckungen gegenüber anderen Weltkulturen durchsetzt und zugleich zu einem eigenen Kulturbewußtsein findet. Aber „Europa“ ist schon früher das „Gespräch seiner Völker“.

„Die Griechen der Antike beginnen mit der Entzauberung der Welt. Wissenschaftliches Denken, der Drang nach neuer systematisch begründeter Erkenntnis gewinnt die Oberhand über den Mythos. Dieser Grundzug europäischen Denkens wird von den Römern ins Praktische übersetzt. Institutionen und Ämter, Armee und Rechtsordnung, Steuersystem und Geldwirtschaft“⁶ – viele soziale, kulturelle und politische Einrichtungen der Spätantike erhalten sich – bei gleichzeitig vorhandener Diskontinuität – bis in die europäische Geschichte des früheren Mittelalters und verschmelzen mit neuen Entwicklungen und Errungenschaften.

Karl der Große, der sich „ehrwürdiger Leuchtturm Europas“ und „pater europae“ nennen lässt, schafft ein frankisches Großreich, dem großzügigerweise der Name des Kontinents gegeben wird, freilich ohne dass es bereits zu einer inhaltlich besetzten Europa-Idee käme. Trotz der

⁴ Maria Theresia GOUVEIA, IN: Ingrid von KRUSE: *Europa beim Wort genommen*, 1992, 54.

⁵ Karl JASPERS: *Vom europäischen Geist*, 1947, 9.

⁶ Werner WEIDENFELD: *Europa – aber wo liegt es?*, IN: ders. (Hg.). *Die Identität Europas*, 1985, 17.

mit der Teilung des Frankreichs beginnenden Partikularisierung und Differenzierung der politischen Geschichte Europas wird dieses zum Ausgangspunkt einer gesamteuropäischen, christlich geprägten Kultur, die im universellen Sacerdotium ihren Ausdruck findet. Die theologische Integration wird zur Grundlage Europas. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit dokumentiert sich in dynastisch-aristokratischen Verbindungen, in den staatsbürgerlichen Konzepten, in der Gründung von Universitäten und dem europäischen Austausch unter den Wissenschaften. Zusammengehörigkeit manifestiert sich in der Gemeinsamkeit und Gleichzeitigkeit von Stilphasen: Malerei und Dichtung, Musik und Architektur lassen sich zu keinem Zeitpunkt regional eingrenzen.

Auch die großen Auseinandersetzungen der Geistesgeschichte kennzeichnen die Identität Europas. Mit der Rezeption des Aristoteles entsteht die Spannung zwischen griechischer und römischer Klassik, der Gegensatz von Staat und Kirche prägt das Selbstbewußtsein der Menschen. Ebenso wie die Herausforderungen von außen: die Feindschaft zwischen Rom und Byzanz, die Türkengefahr und schließlich der Einbruch des Islam, der bis in die frühe Neuzeit hinein zum mächtigen Gegenspieler Europas wird.

Europa wird elementar betroffen von der Spaltung der Christenheit und von damit verbundenen geistigen und politischen Konflikten. Die Säkularisierung setzt eine revolutionäre Wandlung von gesamteuropäischer Dimension in Gang: In Humanismus und Renaissance werden Bibel und kirchliche Traditionen als gesittige Autoritäten entmachtet, der Rationalismus tritt an ihre Stelle. In der Aufklärung gerät sodann das Europabewußtsein in eine innere Spannung zwischen national definierten Interessen und übergeordneter europäischer Orientierung, die bis in unsere Tage eine Konstante des europäischen Geistes bleibt.

Was hier nun sehr grob skizziert werden kann, sind gemeinsame Entwicklungslinien, Strukturen und Universalien einer europäischen Geschichte. Was aber sind die treibenden Kräfte, was aber ist der Kern dieses „Kultureuropa“, das es deutlich von anderen Regionen der Welt unterscheidet? Es ist – um mit den Klassikern dieser Fragestellung, mit Max Weber oder Ernst Troeltsch zu argumentieren – in erster Linie der „*Rationalismus des Okzidents*“⁷. Die Geburt der europäischen Wissenschaft und der aus ihr hervorgegangenen technischen Zivilisation ist ein Prozess, dessen Anfänge bis ins ausgehende Mittelalter und in die frühe Neuzeit zurückverfolgen sind. Ein Prozess, der das Leben der Menschen grundlegend verändert hat. Auch der Kapitalismus als zentrale Schubkraft der industriellen Entwicklung ist nur denkbar in der

⁷ Max WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft*; ⁵1952; Ernst TROELTSCH: *Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt*, 1925.

Konsequenz des Descartes'schen Rationalismus, wengleich die ursprünglich religiöse Motivation kapitalistischen Gewinnstrebens zeigt, dass der Rationalismus seinen Ursprung nicht in der Ablehnung, sondern in der Voraussetzung der christlichen Weltanschauung hat.

Als durchaus offen hingegen kann die Frage gewertet werden, inwieweit die Demokratie als eine ausschließlich von Europa hervorgebrachte Staats- und Lebensform gelten kann. Gewiss ist die moderne Demokratie mit ihren verschiedenen verfassungs- und gesellschaftspolitischen Varianten ein Ergebnis der europäischen Geschichte, wesentliche Impulse für ihre Ausbreitung sind aber zweifellos von Amerika ausgegangen, wie Alexis de Tocquevilles berühmtes Buch über die Demokratie in Amerika belegt.

Man mag all dies zwar für plausibel halten, aber insgesamt doch für zu abstrakt, zu strukturell, zu abgehoben für den Horizont des einzelnen, und einwenden, dass man der Frage „*Europa – aber wo liegt es?*“ damit doch wieder nicht näher komme. Dies ist nur auf den ersten Blick richtig. Denn über die Möglichkeit eines politisch geeigneten Europa ist in allen Jahrhunderten europäischer Geschichte nachgesonnen worden, und zwar von den bedeutendsten Denkern unserer Kulturgeschichte.⁸

Dante Alighieri zum Beispiel hat in seiner „*Monarchia*“ von 1308 den Reichsgedanken, der damals mit gesamteuropäischer Integration gleichbedeutend war, mit Vehemenz gegen den aufkommenden Territorial- und Nationalstaat verteidigt. Die Notwendigkeit der Weltherrschaft des Imperiums wird bei ihm vom Endzweck der gesamten menschlichen Kultur historisch, philosophisch und theologisch abgeleitet. Dante übersieht die „*trennenden Eigentümlichkeiten*“ der einzelnen Völker keineswegs, jedoch müsse das Menschengeschlecht entsprechend seiner Gemeinsamkeiten und durch ein gemeinsames Maß zum Frieden gelenkt werden.

Was bei Dante die universale Legitimation einer übergeordneten Herrschaft, ist im 16. Jahrhundert bei Maximilien Duc de Sully bewusste Verquickung gesamteuropäischer und nationalstaatlicher Interessen. Sully war Vertrauter und Minister König Heinrichs IV. von Frankreich, der sich nach den Bürger- und Glaubenskriegen zwischen Katholiken und Hugenotten zu einer Neuordnung Europas berufen fühlte: Unter französischer Ägide sollten 15 etwa gleichstarke Staaten eine Konföderation bilden, deren ständiges Organ, ein Europarat, Steuern erheben und eine internationale Armee zum Schutze der Christenheit aufstellen sollte. Dieser christliche Friedensbund setzt eine Gleichberechtigung aller Konfessionen voraus, ein Gesichtspunkt, der diesem Einigungsprojekt im Zeitalter der Glaubenskriege besonderen Respekt zollen lässt.

⁸Folgender Überblick nach Hansgeorg LOEBEL: *Europa, das große Gespräch seiner Völker*, 1979.

Ein schmales Buch des Parieser Magisters Emeric Crucé 1623, gewidmet den „durchlauchtigsten, großmächtigsten und überwindlichsten Monarchen“ seiner Zeit, geht noch weiter. Crucé entwirft die Skizze eines Völkerbundes als friedensbewahrender Macht auf dem alten Kontinent. In seinem ständigen Kongress sollen in Venedig die Gesandten aller europäischen Monarchen zusammenkommen. Neben der Schlichtung internationaler Streitigkeiten und der Durchsetzung allgemeiner Sicherheit und Gerechtigkeit sieht der Verfasser die Aufgabe einer solchen Konföderation vor allem im sozialen Bereich, denn *„unter den Menschen waltet ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Zuneigung, welches sich auf ihre gemeinsame Natur und Bildung gründet“*.

Als William Penn 1693 seinen *„Essay zum gegenwärtigen und zukünftigen Frieden von Europa durch Schaffung eines europäischen Reichstages, Parlaments- oder Staatenhauses“* veröffentlicht, kann er auf umfangreiche politische Erfahrungen zurückblicken, die er mit der Gründung seines freiheitlichen Kolonialstaates am Delaware gesammelt hatte. Penn plädiert für einen umfassenden europäischen Parlamentarismus, dessen Vorteile er in erster Linie in der Vermeidung von Kriegen, aber auch in der Gewährung von Freizügigkeit, Handelsfreiheit und öffentlicher Sicherheit erblickt. Mit dem Parlamentarismus, so Penn, werde man die Vorzüge der universellen Monarchie genießen, ohne ihre Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Anknüpfend an die Ideen des Abbé Castel de Saint Pierre hat auch Jean-Jacques Rousseau den Plan einer überstaatlichen europäischen Ordnung entworfen. Rousseau teilt den Gedanken eines christlichen Friedensbundes, eines Kongresses, der auch über die militärische Exekutive verfügt, weil er glaubt, dass *„alle Mächte Europas durch eine Art von System, durch ein und dieselbe Religion, durch ein übereinstimmendes Völkerrecht, durch die Wissenschaft, durch den Handel, durch eine Art von Gleichgewicht miteinander verbunden“* seien. Wie der einzelne in der *„Volonté Générale“* des Staates seine Freiheit nicht preisgebe, so büßten die Einzelstaaten ihre Souveränität nicht ein, wenn sie sich einem Völkerbund beugten, der das europäische Gesamtinteresse repräsentiere.

Immanuel Kant kommt in seiner 1795 erschienenen Schrift *„Zum ewigen Frieden“* – vor dem Hintergrund eines völlig anderen philosophischen Systems – zu der Überzeugung, dass eine moralische Grundlegung der Politik nur bedeuten kann, das Völkerrecht auf einen Föderalismus freier Staaten zu gründen. Wie das Individuum die gesetzlose Freiheit überwinden müsse, so Kant, indem es sich einem gesetzlichen Zwang unterwerfe, so seien auch die gesitteten Völker aufgerufen, aus einem gesetzlosen Zustand untereinander herauszukommen. Auch im 19. Jahrhundert setzen sich führende

Männer in Wissenschaft und Politik mit dem Problem der politischen Vergemeinschaftung der europäischen Staaten auseinander. Für Giuseppe Mazzini – einen der Vorkämpfer des nationalen Italien – verbindet sich das Bekenntnis zur republikanischen Verfassung seines Vaterlandes mit der Überzeugung, dass den nationalen und demokratischen Staaten der Zusammenschluss zu einem einigen Europa gelingen werde. Victor Hugo, der „*Lyriker des europäischen Gedankens*“, war ein eifriger Verfechter der Idee der „*Vereinigten Staaten von Europa*“, die er als logische Konsequenz der Französischen Revolution und der republikanischen Verfassung ansah. Konstantin Frantz, Pierre Joseph Proudhon und viele andere kommen hinzu, die aus jeweils unterschiedlichen Motiven und in unterschiedlichen weltanschaulichen Zusammenhängen die Idee eines geeinigten formulierten.

So grob diese Skizze des Europagedankens in unserer Geistesgeschichte sein mag, so deutlich wird zugleich, wie eng integrierende und differenzierende Momente, Licht und Schatten beieinanderliegen. Europa ist nie politisch geeint gewesen, nie haben die Europäer unter dem Dach der gemeinsamen Sprache gelebt. Nirgendwo sonst in der Welt prallt politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle, auch ethnische Vielfalt auf so engem Raum aufeinander⁹. Die Geschichte Europas, so formulierte Sebastian Haffner, „*ist wie ein Sonatensatz aus zwei Themen komponiert, dem alten römischen Einheitsthema und dem neueren Thema der Nationalstaatlichkeit*“¹⁰.

Die „*großartige Chance für Europa*“, von der Helmut Schmidt sprach¹¹, sie zeigt sich in vielerlei Hinsicht: Die Angst vor einem großen Krieg zwischen Ost und West ist fast ganz geschwunden, gegenseitiges Misstrauen und Hass sind auf den tiefsten Stand seit über einem halben Jahrhundert gesunken, in Ost und West gibt es eine früher ungeahnte Bereitschaft zum Dialog und Kooperation. Der Blick des Westeuropäers fällt auf einen Raum, der für ihn bislang weithin terra incognita war. Ins Bewußtsein der Europäer treten die Namen von Völkern, Ländern, Regionen und Städten, die 40 Jahre lang aus dem Horizont der Gegenwart herausgetreten waren. Unter der zerrissenen Decke des zweigeteilten Europa wird wieder ein reich gegliederter Kontinent, mit Nationen, Kulturen und Sprachen, die zu ignorieren man sich bisher leisten konnte¹².

⁹ WEIDENFELD (Fn. 17): 21.

¹⁰ Sebastian Haffner, IN: Indrid von KRUSE: *Europa beim Wort genommen* (Fn. 14), 104.

¹¹ *Helmut Schmidt*, Eine großartige Chance für Europa, in: „Die Zeit“ vom 31. Januar 1992, S. 3.

¹² *Karl Schlögel*, Der dramatische Übergang zur neuen Normalität, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 7. Oktober 1989.

Schließlich der Prozess der europäischen Integration selbst: Die Entscheidungen über die Vollendung der politischen Union, die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte von der nationalen auf die supranationale Ebene stehen an. Die Haltung vieler Europäer zur politischen Union wird gespeist aus einer merkwürdigen Gemengelage aus Unwissenheit und Verantwortung, aus Zukunftserwartungen und Identitätspsychosen, aus europäischen Hoffnungen und nationalen Ängsten. Der Bürger hat eine Ahnung von der historischen Tragweite der Entscheidungen, kaum aber fundierte Kenntnisse. Um so größer sind seine Ratlosigkeit und Zweifel über die Ziele des Einigungsprozesses. Die Kluft zwischen einer immer undurchschaubarer werdenden politischen Eigendynamik und einer zunehmend wachsenden Skepsis im europäischen Bewußtsein ist offenbar. Wer würde sich wirklich darüber wundern? Der Abschied vom Nationalstaat muss in Zeiten besonders schwer fallen, in denen sich eben dieser Nationalstaat im gesamteuropäischen Kontext als einziger verlässlicher und Orientierung bietender Rahmen erweist. Nach der Auflösung der sozialistischen Systeme haben die Staaten Ost-Europas nur ein Auffangnetz gefunden: Die Nation, die zum politischen Rahmen der neugewonnenen Freiheit wird.

Neue Problemstrukturen verlangen nach neuen Integrationsstrukturen. Die derzeitigen Netzwerke grenzüberschreitender europäischer Infrastruktur sind zu den erwartenden Entwicklungen nicht gewachsen. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, die Schaffung der politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion werden als Ziel und Lösung angesehen, als Antwort Europas auf die globalen Herausforderungen. Der Weg dahin wird Konflikte mit sich bringen. Der Binnenmarkt wird nicht nur einen Wachstumsschub auslösen, sondern er wird auch eine Fülle angestammter Besitzstände in Frage stellen. Der Umgang mit diesen und vielen anderen Konflikten – so prophezeien Politikwissenschaftler heute – wird sich mit den vorhandenen Entscheidungsstrukturen auf europäischer Ebene ebensowenig gewährleisten lassen, wie der explosionsartig steigende Entscheidungsbedarf: 80% der marktrelevanten Gesetzgebung wird sich Schätzungen zufolge zukünftig auf europäischer Ebene vollziehen. Dies wiederum hat Folgen für Transparenz, Effektivität und Ansehen der europäischen Institutionen. Nach neuesten Umfragen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften glaubt nur jeder zweite EG-Bürger, dass die politische Union zum Vorteil für sein Land würde, nur jeder dritte rechnet mit positiven Auswirkungen für sich persönlich. Ebenso unterstützt nur jeder Dritte vorbehaltslos Maßnahmen zum weiteren Ausbau Europas, Tendenz fallend. 50% zweifeln überhaupt am Wert der EG-Mitgliedschaft ihres Landes. Mehr als die Hälfte der Europäer kann sich zu einer europäischen Identität nicht bekennen, 86% gar glauben

nicht, dass die europäische Identität die nationale in absehbarer Zeit wird ablösen können.

Wo liegen die Ursachen für dieses eklatante Auseinanderklaffen von offensichtlichen politischen Notwendigkeiten und politischem Bewusstsein? Natürlich sind die Defizite in der Vermittlung des Europagedankens erheblich, wenn die Bürger so nachhaltig Zweifel am Einigungsprozess haben. Das allerdings ist keine neue Erkenntnis. Die Passivität der Menschen gegenüber Europa wurde schon in den siebziger Jahren heftig beklagt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nachdem die Europaeuphorie der 50er Jahre längst verpufft ist, fehlen der europäischen Integration spätestens seit den 70er Jahren positive Symbole. An Klagen hierüber hat es nicht gemangelt. Nicht erst seit „Maastricht“ weiß man, dass sich Identitätsdefizite hemmend auf den Integrationsprozess auswirken können. Es spricht jedoch für die ganze Hilflosigkeit der eingefahrenen Strukturen, wenn der Europäische Rat 1984 glaubte, ausgerechnet durch die Einsetzung eines Ausschusses – der sogenannten „Adonnino-Ausschusses“ – der europäischen Identitätsprobleme Herr zu werden.

So sind neben den integrierenden geistesgeschichtlichen auch die differenzierenden Kräfte der europäischen Geschichte maßgeblich, und es wird niemanden überraschen, dass hier das Prinzip der Nation im Mittelpunkt steht. Ohne Zweifel hat der Nationalgedanke die gleiche prägende Kraft für das europäische Selbstverständnis wie z.B. Humanismus und Rationalismus. Mit der Entwicklung von Nationalkulturen und Nationalstaaten seit dem späten Mittelalter verbindet sich jedoch seit Jahrhunderten ein Differenzierungsprozess, der das kulturelle Identitätsgefühl der Europäer in Frage stellt.

Die Entwicklung nationaler Volkssprachen zu Kultursprachen, wie sie in der humanistischen Literatur Italiens begann, führte zur bewussten Pflege staatlich sanktionierter Hochsprachen, wie im Frankreich Richelieus und Ludwigs XIV. Die nationale Sprache wurde zum Motiv der nationalpolitischen Bewegung bis ins 19. Jahrhundert hinein. In der Entwicklung des Menschen zu sich selbst – so Johann Gottfried Herder in seinen „*Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*“ – helfe ihm die Sprache voran, denn der Mensch sei *als „freidenkendes, tätiges Wesen ein Geschöpf der Sprache“*. Jedes Volk habe die Welt für sich nachgeschaffen in seiner Sprache. Daher sei das Volk in seinem nationalen Gehäuse der Urgrund, in dem der einzelne verwurzelt ist, aus dem ihm die Ideen zustreben, mit denen er seine Welt deutet.

Die übersteigerte Wertschätzung der eigenen Nation, das Gefühl der Überlegenheit und Einzigartigkeit wurden im 19. Jahrhundert schnell zum Nährboden für das Selbstbewußtsein einzelner Völker und für nationale Vorurteile aller Art. Auch vor der Sprache machten diese Vorurteile nicht halt: „*Die Chinesen und fast alle Asiaten singen, die*

Deutschen röcheln, die Spanier deklamieren, die Italiener seufzen, die Engländer zischen. Richtig besehen, sprechen nur die Franzosen“ – dies jedenfalls glaubte der Jesuit Dominique Bouhours schon vor 300 Jahren¹³.

Wie folgerichtig ist denn die Forderung nach der „*Überwindung der Nationen*“, wie sie im Zuge des Einigungsprozesses immer wieder erhoben worden ist? Wer die nationale Idee nicht als Ausbruch aus der europäischen Geschichte, sondern als einen ihrer integralen Bestandteile versteht, wird einsehen, dass Europa keine vergrößerte Nation im gleichen Sinne sein wird, wie es die einzelnen europäischen Nationen sind oder waren. Die Gemeinschaft an Kultur, Erinnerung und Geschichte, die wir heute in den einzelnen Staaten haben, ist eine andere Art als jene, die die europäischen Völker insgesamt haben. Die integrative Kraft der Nationen kann der integrativen Kraft Europas daher lange zur Seite stehen. Ja, vielleicht ist das Festhalten an den Nationen geradezu Voraussetzung für die Einigung Europas.

Was ist aber mit dem Regionalismus, der sich heute überall in Europa erhebt? Stellt er nicht eine noch viel größere Gefahr der Partikularisierung, der Aufsplitterung des europäischen Kultur- und Geistesleben dar? Sicherlich nicht! Denn jeder Mensch hat Anspruch darauf, nach Sprache und Volkszugehörigkeit, nach Landschaft und Lebenskultur, nach Herkunftsprägung und kollektivem Gedächtnis anders zu sein als Nachbar. Ein solcher Anspruch auf regionale Besonderheit richtet sich ja keineswegs gegen das, was die Menschen über solche Unterschiede hinweg verbindet. Der zentrale Impuls der Regionalismus – so hat vor allem Hermann Lübke herausgearbeitet¹⁴ – ist nicht die Abkehr von der kulturellen Identität Europas, sondern der Erhalt herkunftsgeprägter kultureller Vielfalt so weit wie möglich.

Jenseits des Begriffes von Kultureuropa hat der Gedanke eines europäischen Zusammenwachsens auf praktischer Ebene immer etwas Spekulatives gehabt. Europa insgesamt hat bis in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts kaum politische Institutionen von Dauer entwickelt. Dies gilt auch für das Römisch-Deutsche Reich selbst in den Zeiten seiner größten Machtentfaltung. Das europäische Staatensystem des 18. und 19. Jahrhunderts, verbunden durch eine gemeinsame aristokratische Führungsschicht und ein gemeinsames „*Jus publicum europaeum*“, wie es in der Völkerrechtswissenschaft genannt wird, ließe sich in gewisser Weise als Beispiel einer europäischen Konvention anführen, da es das Gleichgewicht der Mächte im Sinne einer Kollektivhegemonie mit sozialkonservativen Zügen ausübte. Dieses „*Mächteuropa*“, wie

¹³ Zit. n. EG-Nachrichten, hg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 35, 7. 9. 1992, 1f.

¹⁴ Hermann LÜBBE: *Die große und kleine Welt, Regionalismus als Europäische Bewegung*, IN: W. WEIDENFELD (Hg.): *Die Identität Europas* (Fn. 17), 191ff.

Theodor Schieder es genannt hat¹⁵, konnte seine völkerrechtlichen Regularien zwar bis zum Ersten Weltkrieg aufrechterhalten, sein universaler weltpolitischer Anspruch aber war seit der Monroe –Doktrin von 1823 in Frage gestellt. Der Berliner Kongreß von 1878 muss als die letzte rein europäische Beratung über weltpolitische Fragen angesehen werden.

Auch zwischen dem ersten und Zweiten Weltkrieg hat es an europapolitischen Vorstößen nicht gefehlt, erinnert sei hier nur an das Europamemorandum Briands von 1930 oder die Paneuropäunion des Grafen Coudenhove Kalergi. Als zukunftsweisendes Ergebnis von 1918/19 wurde jedoch weniger die Tatsache der Zerstörung des traditionellen Staatensystems und damit der Zwang zur Neuorientierung als vielmehr der Sieg des nationalen Selbstbestimmungsrechts angesehen. So bedurfte es erst der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, ehe der Gedanke der übernationalen Integration neue Schubkraft erhielt.

Die Forderung nach einer föderativen Neuordnung Europas entstand schon während des Krieges, vor allem in den verschiedenen nationalen Widerstandsbewegungen. Politisch bedeutsam wurde sie, als Winston Churchill in seiner berühmten Rede vom 19. September 1946 ein ungeschränktes Plädoyer für die „*Vereinigten Staaten von Europa*“ hielt und als ersten Schritt in diese Richtung die Bildung eines Europarates bezeichnete. Die Schaffung eines institutionalisierten Europa, die mit der Bildung des Europarates im Mai 1949 ihren Anfang nahm, basierte auf einer Reihe von Motiven: Neben dem Wunsch nach Sicherheit und Frieden, nach Freiheit und Mobilität trieb die Menschen die Hoffnung an auf steigenden Wohlstand und auf die politische Rekonstruktion des Kontinents.

Die Gründungsväter der Integration sahen im „*Ja*“ zu Europa ein „*Ja*“ zur politischen Organisation der Freiheit. Nicht die nationalistische Verengung sollte die Antwort auf die Kriegserfahrung sein, sondern eine supranationale Organisation zur Absicherung des gemeinsamen Friedens- und Freiheitswillens¹⁶.

Dabei war die Ausgangsposition der Europäischen Gemeinschaft durchaus paradox: Dem politischen Willen der Rekonstruktion Europas auf föderativer Basis – die noch dazu Vorbildcharakter für andere Erdteile haben sollte – entsprach auf der anderen Seite die völlige machtpolitische Abhängigkeit von der atlantischen Großmacht USA und damit zugleich das Eingebundensein in den heraufziehenden Ost-West-Gegensatz¹⁷. Trotz – oder gerade wegen – dieses Eingebundenseins in die

¹⁵ S. o. Fn. 13.

¹⁶ Wilfried LOTH: *Der Weg nach Europa, Geschichte der europäischen Integration 1939 bis 1957*, 1990.

¹⁷ Walter LAQUEUR: *Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945 bis 1992*, 1992.

übergeordnete bipolare Weltpolitik vestanden die Gründungsväter der Gemeinschaft das Geschaffene nur als einen Torso von Europa, der zwar inhaltlich die Gesamtidee repräsentieren, in seiner äußeren Form jedoch auf das Hinzutreten der Staaten Mittel- und Osteuropas angewiesen sein sollte.

Das Bild von Europa als praktisch-wirtschaftlichem Zweckverband hat den Europagedanken am nachhaltigsten geprägt. Dabei wurde die politische Bedeutung des Europarates bei weitem von den Europäischen Gemeinschaften überflügelt. Aus mehreren Vorstufen erwuchs durch die Römischen Verträge von 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zunächst der Staaten der Sechsergemeinschaft, die zehn Jahre später mit Euratom und Montanunion zur Organisation der Europäischen Gemeinschaften zusammengefasst wurde und der seit 1973 die bisherigen EFTA-Staaten Großbritannien, Dänemark und Irland, seit 1981 Griechenland¹⁸ sowie seit 1986 Portugal und Spanien angehören. Die Probleme der EG, wie z.B. die ständige Finanzmisere, agrarpolitische Verwerfungen, institutionelle Krisen und außenpolitische Defizite, sind uns allen bekannt und können hier ausgespart bleiben¹⁹.

Der Übergang von Kultureuropa über ein Mächteeuropa zum heutigen Wirtschaftseuropa, so sind sich alle einig, kann nicht das letzte Wort sein. Die „*graduelle Supranationalisierung staatlicher Einzelfunktionen*“ - so würde es der Politikwissenschaftler formulieren – ist bislang ohne staatliche Neuformierung geblieben. Daher ist der Auftrag zur Schaffung einer politischen Union, ergangen vom Stuttgarter Gipfel im Juni 1983 und angenommen vom Europäischen Parlament im Februar 1984, ein ebenso folgerichtiger wie konsequenter Schritt zur Überwindung bestehender Provisorien. Indes, der Übergang von der Zollunion zur politischen Union – vergleichbar etwa der Entwicklung vom Deutschen Zollverein zum Deutschen Reich – unterliegt keinem Automatismus, sondern erfordert grundlegende politische, ja moralische Entscheidungen.

Sind die Europäer hierauf wirklich vorbereitet? Zweifel regen sich, wie jüngste Abstimmungs- und Umfrageergebnisse ins Bewußtsein rufen. Der Grundkonsens der Europäischen Gemeinschaft, ursprünglich erwachsen aus einem allgemeinen Willen zur Einigung über die Schlachtfelder hinweg, aus einem gemeinsamen Bekenntnis zu Antinationalismus wie zu Antikommunismus, dieser Konsens hat auch angesichts andauernder Probleme und Krisen spürbar reduziert. Alte

¹⁸ GULYÁS László: *A csatlakozástól az eurozónáig, avagy húsz év (1981-2001) Görögország politika és gazdaságtörténetéből*. Mediterrán Világ 2013. No 27–28. 139–150. old.

¹⁹ Vgl. Werner WEIDENFELD: *Europäische Integration im historischen Überblick*, IN: ders./Wolfgang WESSELS (Hg.): *Europa von A-Z*, 1991, 9ff.

Freund-Feind-Schemata haben an Brisanz verloren, nationale Egoismen brechen sich erneut zunehmend Bahn. Die Klarheit und Eindeutigkeit des Europabekenntnisses der Anfangsjahre – von Spaak bis de Gasperi – ist heute wieder utopisch. „*Europa muss man schon als Bundesstaat wollen, wenn man wirkliches Europa will!*“²⁰ Wer würde diesem Wort Carlo Schmid von 1949 heute vorbehaltlos zustimmen?

Statt dessen wird der Begriff des „*Monstrum von Maastricht*“ in die Debatte geworfen – so kürzlich von Johannes Gross²¹. Gewissermaßen in Erinnerung an Samuel von Pufendorffs beißende Kritik an Zustand des Deutschen Reiches in der Mitte des 17. Jahrhunderts wird damit heute unterstellt, eine politische Union werde politikunfähig sein, lähmende Prozeduren der Verrechtlichung und die Zersplitterung des Währungs- und Wirtschaftsgebietes aufweisen und sich durch ein lächerliches Zeremonialwesen unmöglich machen. Abgesehen davon, ob das alte Deutsche Reich überhaupt in irgendeiner Weise einen Maßstab für eine politische Union Europas abgeben kann, werden Ängste und Befürchtungen geweckt vor einer Entdifferenzierung europäischer Nationalkulturen, vor einer allgemeinen Nivellierung fruchtbarer Vielfalt. „*Die Europäer opfern*“ – so unterstelle schon Jakob Burckhardt – „*wenn es sein muss, alle ihre speziellen Literaturen und Kulturen gegen durchgehende Nachtzüge auf*“²².

Es wird jedoch die gewachsene europäische Identität sein, die selbst von einer solchen Entwicklung bewahrt. „*Politik, die nur die Ökonomie sieht und die kulturelle Dimension vernachlässigt*“ – so hat Bundeskanzler Helmut Kohl erläutert -, „*erreicht die Menschen nicht! Das vereinte Europa kann und darf deshalb kein Schmelztiegel sein. Es soll vielmehr die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützen. Wir wollen keinen europäischen Leviathan, sondern Einheit in Vielfalt*“²³.

Die konkrete Ausgestaltung dieser „*Einheit in Vielfalt*“ bleibt der politischen und schöpferischen Kraft der Akteure überlassen, die Ingredienzen sind schon heute klar: Das vereinigte Europa wird mit hierarchisch geordneten Rechtsformen, mit Gewaltenteilung, Grundrechtsgarantien, gerichtlicher Kontrolle ausgestattet sein, es wird

²⁰ Carlo Schmid anlässlich der konstituierenden Sitzung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung am 13. Juni 1949, IN: *Deutschland und der Europäische Rat*, Schriftenreihe des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 1, 1949, 14.

²¹ Johannes GROSS: „*Das Monstrum von Maastricht*“, IN: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 25. Juli 1992; vgl. die Replik von Michael STOLLEIS: „*Vom Monstrum lernen*“, IN: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 24. August 1992.

²² Zit. n. Wolf LEPENIES: *Europa als geistige Lebensform*, IN: „Die Zeit“ vom 24. Oktober 1989, 43.

²³ Zit. n. EG-Nachrichten 35/1992, 1.